



Nr. 11.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang

Veränderungswert: 6 mal wöchentlich. Anzeigepreis: Die kleinste halbe Seite 15 Bsp. Reklamen 25 Bsp. Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. Anzeigebestellung 9.

Mittwoch, den 15. Januar 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtposten Bf. 2.25 vierteljährlich. Postbezugspreis im Orts- und Nachbortortbezirk Bf. 2.15, im Fernbezirk Bf. 2.25. Beleggeld in Stuttgart 25 Bsp.

### Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

**Deutscher Einspruch gegen den französischen Ausrottungskampf des Deutschtums in Elsaß-Lothringen und im Rheinland.**

Berlin, 13. Jan. Eine deutsche Note ist soeben in Spaa und gleichzeitig durch Vermittlung der schweizerischen Regierung den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und Belgiens überreicht worden, nach welcher vom ersten Tage der Befegung an, die französische Regierung Elsaß-Lothringen gegenüber sich nicht auf das ihr zustehende Recht beschränkt, sondern im ganzen Gebiete des Rheinlandes einen politischen Ausrottungskampf gegen alle Deutschen eröffnet hat. Sie hat Richter und Verwaltungsbehörden ihres Amtes enthoben und nur diejenigen deutschen Beamten auf ihren Posten gelassen, die sie nicht entsetzen kann. Sie hat viele Einwohner ausgewiesen, die bei der Abreise in Straßburg, Müllhausen, Kolmar und anderen Plätzen schimpflich mißhandelt wurden. Allein in Rehl sind während der letzten 14 Tage über 300 ausgewiesene Personen durchgekommen, an einem 119 Personen. Die französische Regierung hat ferner elsäß-lothringische Bürger verhaften lassen, zugestandenemmaßen auf Grund von Kriegshandlungen, die vor der Unterzeichnung des Waffenstillstandes stattgefunden, und so gegen den Artikel 6 des Waffenstillstandsvertrags und gegen die am 17. November durch Finktspruch gegebene ausdrückliche Zusicherung des Ministerpräsidenten Clemenceau verstoßen. Außerdem sind die Dozenten der Universität Straßburg abgesetzt. In den Volksschulen und selbst im reindeutschen Sprachgebiet ist der ausschließliche Unterricht in französischer Sprache in weitestem Umfange obligatorisch eingeführt worden. Der Präsident des Konsistoriums der Kirche angaburgischer Konfession in Straßburg ist ausgewiesen und in rücksichtslosster Weise an die Landesgrenze verbracht worden. Jetzt legt die französische Regierung auch in größeren industriellen Unternehmungen französische Zwangsverwalter ein und entfernt die deutschen Werkleiter. Es liegen sogar Nachrichten vor, daß die französische Regierung Zwangsliquidationen deutscher Werke in die Wege zu leiten im Begriffe stehe. Endlich vertritt die französische Regierung, die Grenzen Elsaß-Lothringens dadurch zu erweitern, daß sie von Beginn der Befegung ab an der Nordgrenze des Landes eine neue durchaus willkürliche trifft, die den Eindruck erwecken muß, als ob Teile der preussischen Rheinprovinz, insbesondere des Saarbeckens zu Elsaß-Lothringen gehörten. Diese Gebiete waren niemals Teile Elsaß-Lothringens. Der feierliche Protest der deutschen Regierung vom 21. November 1918 gegen diese Grenzfestsetzung blieb bisher gänzlich unberücksichtigt. Auch an der Ostgrenze des Landes scheint die französische Regierung klare in Verträgen verbriefte alte Grenzcheiden sich aneignen zu wollen, indem sie ihre Okkupationstruppen an den Rheinübergängen nicht nur bis zum Laufweg des Flusses sondern bis zum Mäuer des Rheines vorgeschoben hat. Alle diese Maßnahmen lassen sich nur erklären, wenn etwa die französische Regierung die Absicht haben sollte, die deutsche Bevölkerung Elsaß-Lothringens zwangsweise so bald und so gründlich wie möglich zu französisieren, und das besetzte Gebiet durch Hinzuschlagen wertvoller nicht dazu gehöriger Grenzdistrikte möglichst zu vergrößern. Die französische Regierung scheint sich sogar auf dem Standpunkt zu stellen, als ob die Lösung Elsaß-Lothringens vom Deutschen Reich eine vollzogene Tatsache sei.

**Flammender deutscher Protest gegen die unerhörte wirtschaftliche Vergewaltigung Deutschlands.**

(WB.) Berlin, 13. Jan. Die deutsche Regierung hat heute durch die Waffenstillstandskommission in Spaa den Vertretern der Entente über die schwebenden Finanzfragen folgende Note überreichen lassen:

Bei den in Mainz über die Anwendung des Artikels 19 des Waffenstillstandes stattgehabten Verhandlungen hat der Finanzkommissar der Alliierten eine Note übergeben, die

das Höchstmah dessen darstellt, was Deutschland seit Einstellung der Feindseligkeiten zugemutet worden ist. Es werden darin 1. in sachlicher Beziehung Forderungen gestellt, die in keinem Zusammenhang gebracht werden können zu Artikel 19 des Waffenstillstandsvertrags, wonach die Werte, die den Alliierten als Sicherheit für Entschädigungsansprüche dienen können, ihnen nicht entzogen werden sollen. Die Forderungen der Alliierten können vielmehr lediglich dazu dienen, eine finanzielle Sklaverei Deutschlands der Entente gegenüber zu statuieren. Es wird darin in die Privatrechte der deutschen Eigentümer eingegriffen und zwangsweise ein Auslandsmoratorium Deutschlands herbeigeführt. Es wird, um einige Beispiele anzuführen, jede Ausfuhr fremder Werte in das Ausland von der Genehmigung des Finanzkommissars abhängig gemacht. Es wird im Gegenzug zu den seinerzeit in Lrier ausdrücklich gemachten Zusicherungen erklärt, daß die Genehmigung auch insoweit erforderlich ist, als ein deutsches Verfügungsrecht nicht besteht. Der Umfang der Einfuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen und Fertigfabrikaten nach Deutschland soll künftig von den Alliierten bestimmt werden. Auch die Rückzahlung von Krediten, welche Private im Auslande aufgenommen haben, soll genehmigungspflichtig sein. Desgleichen soll von der Zustimmung des Finanzkommissars abhängig sein, ob deutsche Beamte im Auslande Funktionen ausüben können. Die von der Reichsbahn bewilligten Devisen sollen jeden Tag dem Finanzkommissar vorgelegt werden. Es werden genaueste Inventare und Verzeichnisse über alle nur irgendwie denkbaren Materialien verlangt. Zweitens aber entfernt sich der Ton der Note, aus dem die unerbittliche Freude spricht, Deutschland schädigen und demütigen zu können, vollkommen und wesentlich von dem Ton, der bisher seit Einstellung der Feindseligkeiten üblich war. So wird, abgesehen von der im zwischenstaatlichen Verkehr durchaus zu beanstandenden Diktion, im einzelnen in Artikel 8 erklärt, daß die Note nicht etwa das Resultat einer Vereinbarung sei, sondern lediglich vorläufige Anweisungen des Finanzkommissars an die deutsche Regierung weitergebe, deren Abänderung, Ergänzung und Verschärfung er sich jederzeit vorbehalte. Die deutsche Regierung legt hiermit gegen diese Note nachdrücklichste und ernsteste Verwahrung ein. Sie erklärt, daß sie außerstande ist, die Note anzunehmen. Deutschland ist in dieser Angelegenheit an der Grenze dessen angelangt, was es hinnehmen kann. Die deutsche Regierung gibt der bestimmten Hoffnung und Erwartung Ausdruck, daß die Alliierten in der Ausführung des Artikels 14 des Waffenstillstandes einen Weg finden werden, dem zu folgen die Würde Deutschlands gestattet. Die deutsche Regierung hält aber ferner den Zeitpunkt für gekommen, an dem es ihre Pflicht ist, die Aufmerksamkeit der alliierten und assoziierten Regierungen auf folgendes hinzuweisen: In der Masse des deutschen Volkes, beginnt der Gedanke aufzudämmern, die Alliierten hätten die Wilsonschen Punkte, nach denen Deutschland als freies Volk unter den Völkern leben soll, nur angenommen, um Deutschland erst wehrlos zu machen und es darnach zu vergewaltigen. Die Verheerung der Städte, die Hinanschiebung der Versorgung mit Lebensmitteln, die wirtschaftliche und politische Absperrung zwischen dem Westen und dem rechten Rheinufer machen das deutsche Volk aufmerksam. Im Wortlaut auf die Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November haben in Deutschland Heimat und Heer einen weiteren Kampf als unnötig aufgegeben und die Waffen niedergelegt. Wenn jetzt die alliierten und assoziierten Regierungen dadurch, daß sie den Friedensschluß hinstellen und den Waffenstillstand als ein Instrument zur vorübergehenden wirtschaftlichen Erdrückung Deutschlands handhaben, ihrer in einem der nächsten Momente der Geschichte abgegebenen Erklärung entgegenhandeln, so vermag das deutsche Volk darin keine Kriegslust zu erblicken, sondern ein solches Vorgehen erscheint ihm als außerhalb jeden menschlichen Verständnisses und göttlichen Rechts stehend, das jedes Gefühl für eine Versöhnung der Völker ersticken müßte und für das es kein Verzeihen und Vergessen gibt.

(gez.) Brodtkorb-Rankau.

### Um die deutschen Handelschiffe.

Paris, 15. Jan. Der Oberste Kriegsrat beschloß, daß Deutschland dafür, daß die Alliierten es mit Lebensmitteln versehen, alle Handelschiffe in deutschen oder neutralen Häfen für den Transport von Vorräten übergeben muß ohne Rücksicht darauf, woher diese Transporte kommen oder für welchen Platz sie bestimmt sind. Eine Befegung der deutschen Häfen wird nicht beabsichtigt. Die militärische Intervention in Polen wurde verschoben. — Jetzt will die Entente auch noch die deutschen Handelschiffe in die Hand bekommen, um Deutschland wirtschaftlich vollständig festeln zu können.

### Weitere Forderungen der Alliierten.

Paris, 15. Jan. „Matin“ meldet ergänzend, daß die Alliierten eine Verlegung des Goldbestands der Reichsbank fordern werden.

### Der berechtigte deutsche Anspruch auf Kolonialbesitz.

Berlin, 13. Jan. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In der Presse der Entente wird dafür Stimmung gemacht, Deutschland seiner Kolonien zu berauben. Die Reichsregierung weist demgegenüber darauf hin, daß die Alliierten ebenso wie Deutschland für den künftigen Frieden die Wilsonschen Vorschläge zur Regelung der Kolonialfragen ohne Einschränkung angenommen haben. Darnach ist eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche (a free, openminded and absolutely impartial adjustment of all colonial claims) zugesichert. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß Kolonien für das deutsche Volk unentbehrlich sind. Ein Frieden, der Deutschland ohne Kolonien ließe, wäre nicht gerecht und würde dauernd das Gefühl der Vergewaltigung zurücklassen.

### Luzernburg soll französisch werden.

Paris, 15. Jan. „Journal des Debats“ erklärt, die Partei, die die Republik in Luzernburg ausgerufen habe, habe beschlossen, eine offizielle Abordnung nach Paris zu senden mit dem Auftrag, der französischen Regierung die Angliederung Luzernburgs an Frankreich vorzuschlagen. — Deshalb wurde doch bloß die Revolution von den Franzosen gemacht.

### Die „Freiheit“ der kleinen Völker.

Bern, 14. Jan. Die „Tribuna“ veröffentlicht einen Protest Montenegros gegen dessen Vergewaltigung durch die Serben mit Unterstützung der französischen Besatzungstruppen. Die Montenegriner und Serben liefern sich in Cetinje und anderswo wahre Schlachten. Die Montenegriner zogen sich in das Gebirge zurück.

### Holland unter der wirtschaftlichen Kontrolle der Entente.

Amsterdam, 13. Jan. „Allg. Hdsbl.“ meldet, daß das Wirtschaftsprovisorium an Deutschland gekündigt sei. Das neue mit den Alliierten abgeschlossene sieht auch eine Neuregelung der Ausfuhrbeziehungen Hollands zu Deutschland vor. Im Augenblick besteht kein einziges offizielles Abkommen über die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland. Ueber eine Neuregelung wird noch verhandelt.

### Eschehen an der bayerischen Grenze.

(WB.) Eger, 15. Jan. Die Eschehen haben die bayerische Grenze unmittelbar vor dem bayerischen Gebiet besetzt. Die Posten stehen auf Ru'weite voneinander entfernt, und zwar längs des gesamten böhmisch-bayerischen Grenzgebietes.

### Die Entente und Rußland.

(WB.) Rotterdam, 14. Jan. Dem „N. R. C.“ zufolge meldet der „Mand. G.“, daß bezüglich der russischen Frage folgender Plan ernstlich erwogen wird: Es würde eine Kommission nach Rußland gesandt werden, die teils Untersuchungs- teils Veröhnungskommission sei. Natürlich werde die bolschewistische Regierung sich damit zufrieden geben müssen, daß die Rußland be-



**Ämtliche Bekanntmachungen.**

**Aufforderung an die Personen des sog. Heeresgefolges.**  
 Alle diejenigen Zivilpersonen beiderlei Geschlechts, die im früheren besetzten Gebiet bei einer Zivil- oder Militärbehörde oder bei einem Privatunternehmen tätig waren (Hilfsdienst, Arbeiter, Arbeiter) und nunmehr nach Württemberg zurückgekehrt sind, haben sich innerhalb zehn Tagen beim zuständigen Oberamt zwecks endgültiger Abwicklung der aus dem Anstellungsvertrag sich noch ergebenden Angelegenheiten zu melden. Schriftliche Meldung unter genauer Angabe der Unterschrift des Meldeenden genügt. Aus der Meldung muß hervorgehen, ob der Betreffende endgültig entlassen ist oder ob seine Entlassung noch nicht vollzogen ist, ob er noch irgendwelche Ansprüche aus seinem Anstellungsvertrag zu erheben hat und welcher Art die Ansprüche sind und gegen wen sie erhoben werden.  
 Stuttgart, den 2. Januar 1919.  
 Der Staatskommissar für die wirtschaftl. Demobilisierung:  
 Lindemann.

Die Schultheißenämter wollen Vorstehendes ortsüblich bekanntgeben lassen.  
 Calw, den 4. Januar 1919.  
 Oberamtmann G. S.

**Kurverkehr.**

Da bis jetzt eine Erleichterung in den Ernährungsverhältnissen nicht eingetreten ist, ist auch weiterhin kein Raum für einen Fremdenverkehr zu Vergnügungs- und Erholungszwecken außer für wirklich Kranke und Erholungsbedürftige im engeren Sinne.

Das Württ. Ernährungsministerium hat daher angeordnet, daß alle diesbezügliche Beschränkungen des Kurverkehrs in Kraft bleiben.

Infolgedessen bleiben die im „Calwer Tagblatt“ vom 23. Nov. 1918 Nr. 278 erlassenen Anordnungen des Oberamts auch weiterhin in Kraft, zunächst bis 31. 3. 1919.

Calw, den 31. Dezember 1918.  
 G. S., Oberamtmann.

Die Schultheißenämter werden auf den Erlaß des Ministeriums des Innern vom 30. Dezember 1918 im Staatsanzeiger Nr. 306, betreffend

**Ausgleichsunterstützungen,**

hingewiesen.  
 Calw, den 4. Januar 1919.  
 Oberamt: G. S.

Die Schultheißenämter werden an die Erledigung des oberamtlichen Erlasses vom 5. November 1918, „Calwer Tagblatt“ Nr. 270, betreffend

**Wanderarbeitsstätte,**

erinnert.  
 Calw, den 8. Januar 1919.  
 Oberamt: G. S.

treffenden Fragen bis zu einem späteren Stadium der Friedenskonferenz vertagt werden. Die Kommission werde sich über den wirklichen Zustand in Rußland vergewissern und eine Methode für die Abhaltung von Wahlen bringen. Wenn die Macht der Bolschewisten befestigt würde, dann würden sie im Namen Rußlands sprechen. Das ist jedoch nicht zu erwarten, und die Bolschewisten würden den Charakter ihrer Regierung durch Zuziehung von anderen politischen Elementen ändern müssen. Diese Politik würde im Verein mit einem großen Plan zur Unterstützung Rußlands durchgeführt werden. — Es scheint, daß sich die Alliierten nicht mehr die Kraft zutrauen, die bolschewistische Herrschaft mit militärischen Mitteln zu stürzen; jetzt wollen sie es mit diplomatischen versuchen. Ueberhaupt haben die Alliierten vor dem Bolschewismus einen Heidenrespekt bekommen.

**Eine Botschaft Wilsons über die Nahrungsmittelversorgung Europas.**

(W.B.) Washington, 15. Jan. (Reuter.) Die schon gemeldete Botschaft Wilsons an den Kongreß lautet: Ich kann nicht genug darauf dringen, daß der Kongreß die Gelder bewilligt, die Hoover für das Lebensmittelwerk verlangt hat. Dies ist jetzt der Schlüssel zu der gesamten Lage in Europa und zur Lösung der Friedensfrage. Der Bolschewismus rückt immer mehr nach Westen vor und vergiftet Deutschland. Er kann nicht mit Gewalt, aber wohl mit Lebensmitteln aufgehalten werden. Alle leitenden Männer, mit denen ich berate, sind sich darüber einig, daß gemeinsames Handeln in dieser Angelegenheit von größter Bedeutung ist. Das Geld wird nicht für Lebensmittel für Deutschland selbst gebraucht werden, denn Deutschland kann seine Lebensmittelversorgung Polens, der befreiten Völker der Bsterr.-ung. Monarchie und unserer Bundesgenossen auf dem Balkan zu finanzieren. Ich erjuche Sie, diese Sache so schnell wie möglich vor den Kongreß zu bringen. Ich weiß nicht, wie wir die nötige Macht finden sollen, um Frieden zu schließen, wenn dieses Mittel, um den Strom des Bolschewismus abzuwenden, nicht angewandt wird.

**Vermischte Nachrichten.**

**Spartakus in Dortmund.**

Dortmund, 15. Jan. Gestern früh trafen in Buer Regierungstruppen ein, um die Spartakisten, die sich im Rathaus festgesetzt hatten, zu vertreiben. Gegen 8 1/2 Uhr rückten die Truppen vor das Rathaus, in dessen Turm

**Preisrahmen für die Hauptbreunholzarten.**

Nachstehender Preisrahmen ist von der Landesbreunholzverwaltung des Innern und der Finanzen vom 1. Dezember 1917 (Staatsanzeiger 284) festgesetzt worden.

Forstamtsbezirk	Kotbucher.		Aberiges Hartholz und Birken		Weichholz		Kadelholz	
	Scheiter	Prügel und Klotzholz	Scheiter	Prügel und Klotzholz	Scheiter	Prügel	Scheiter	Prügel
Maß für je 1 Am.								
Altensteig (f. Martinsmoos)	20-26	17-23	15-21	10-14	10-14	8-11	17-23	14-19
Calmbach (Wurzbad)	20-23	18-24	15-21	12-16	9-14	8-12	18-24	15-21
Engelsstele (Bergorie)	17-23	13-19	11-16	9-13	9-13	7-9	14-20	11-16
Hirsau	23-29	21-26	21-27	17-23	16-24	12-17	19-25	15-21
Hoffteit	17-23	13-19	11-16	9-13	9-13	7-9	14-20	11-16
Liedersel	22-27	18-23	20-25	16-21	16-24	12-17	17-24	14-20
Meißen	20-25	16-24	15-21	12-16	9-14	8-12	18-24	15-21
Stammersfeld (Nischthalen u. Hornberg)	17-23	13-19	11-16	9-13	9-13	7-9	14-20	11-16
Stammheim	22-28	19-24	19-25	16-22	16-24	12-17	17-24	14-20

Calw, 23. Dezember 1918.

Oberamtmann: G. S.

**Bekanntmachung der Zentralstelle für die Landwirtschaft, betr. die Abhaltung eines Meißkurses in Laupheim.**

Von Ende Januar 1919 an wird im Einvernehmen mit dem W. Braunviehzuchtverband bei genügender Beteiligung in dem Betrieb des Herrn Schölgutsbesizers Steiner in Laupheim unter Leitung des Herrn Gutinspektors König ein dreiwöchiger Meißkurs im Melken und in der Viehpflege abgehalten werden.

In diesem Kurs werden die Teilnehmer nicht nur im praktischen Melken, in der Viehpflege und in den wichtigsten Stallarbeiten ausgebildet, sondern sie erhalten auch einen dem Zweck und der Dauer des Kurses angemessenen theoretischen Unterricht über Bau und Einrichtung des Euters, Bildung der Milch, Gewinnung und Behandlung der Milch, Durchführung von Leistungsprüfungen, Fütterung von Jungvieh sowie über die Grundsätze der praktischen Fütterungslehre, die Aufzucht des Jungviehs, die Gesundheitspflege der Tiere usw.

Der Unterricht ist unentgeltlich, dagegen sind die Teilnehmer verpflichtet, die vorkommenden Arbeiten nach Anweisung des Leiters des Kurses zu verrichten, auch haben dieselben für Wohnung und Kost selbst zu sorgen. Unbemittelten Teilnehmern kann ein Beitrag in Aussicht gestellt werden.

Zu dem Kurs werden berufsmäßige Viehwärter, sowie Söhne von Landwirten, die im Stalle und beim Melken beschäftigt werden, das 16. Lebensjahr zurückgelegt haben und entsprechende Vorkenntnisse im Melken besitzen, zugelassen. Gesuche um Zulassung zu dem Kurs sind bis längstens

20. Januar 1919 an den Leiter desselben, Herrn Gutinspektor König in Laupheim einzusenden. Den Aufnahmegerüchen sind beizulegen:

1. ein Geburtschein;
2. eine Bescheinigung über Vorkenntnisse im Melken;
3. wenn der Bewerber minderjährig ist, eine Einwilligungserklärung des Vaters oder des Vormunds, in welcher zugleich die Verbindlichkeit zur Tragung der durch den Besuch des Kurses erwachsenden Kosten, insoweit solche nicht auf andere Weise gedeckt werden, übernommen wird;
4. ein von der Gemeindebehörde des Wohnortes des Bewerbers ausgestelltes Vermögenszeugnis;
5. wenn ein Beitrag erbeten wird, was zutreffendfalls gleichzeitig mit der Vorlage des Aufnahmegerüches zu geschähen hat, ein gemeindeverträgliches Zeugnis über die Vermögens- und Familienverhältnisse des Bewerbers und seiner Eltern. In diesem Falle ist auch anzugeben, ob dem Bewerber Beiträge von anderer Seite in Aussicht stehen.

Bewerber aus Gemeinden, in welchen die Maul- und Klauenseuche herrscht, können in den Kurs nicht aufgenommen werden. Ueber weitere Vorschriftenregeln wird denjenigen Bewerbern, die zu dem Kurs zugelassen werden, von dem Kursleiter feinerzeit eine besondere Mitteilung zugehen.

Stuttgart, den 27. Dezember 1918.  
 J. V. Gauger.

Spartakisten sich verschanzten hatten. Es wurden einige blinde Schüsse abgegeben, worauf die Spartakisten auf die Truppen feuerten. Es entstand eine regelrechte Schlacht mit Gewehr und Maschinengewehrfeuer. Schließlich hielten die Spartakisten eine weiße Fahne und ergaben sich. Als die Truppen sich darauf zurückgezogen hatten, besetzten die Spartakisten das Rathaus auf neue und führten die Frau und zwei Kinder des Oberbürgermeisters fort, die sie als Geiseln zum Rathaus schlepften, bald aber wieder entließen, um an ihrer Stelle den Oberbürgermeister festzuhalten. Doch ist auch dieser mittlerweile wieder freigelassen worden. Insgesamt haben die Kämpfe 5 Menschenleben gekostet. Die Zahl der Verwundeten steht noch nicht fest.

**Zur Internierung Mackensens.**

Wien, 10. Jan. (Infolge der bekannten Ereignisse verspätet eingegangen.) Der zum Stabe des Feldmarschalls Mackensens gehörige in Wien eingetroffene Kriegsrat Drows hat gemeldet, daß der Feldmarschall am Sonnabend, den 4. Januar mit 10 Offizieren von den Franzosen abgeholt worden sei, um auf einem Schlosse im okkupierten Gebiete in Süd-Ungarn interniert zu werden. Sein Vorgehen entschuldigte der französische Leitoffizier, der taktvoll auftrat, mit einem ihm von seiner Heeresleitung erteilten Befehl. Die Behandlung des Feldmarschalls wird von der öffentlichen Meinung in Ungarn bis in die sozialistischen Kreise hinein mißbilligt. Man macht den ungarischen Ministerpräsidenten und den Kriegsminister für die Vorgänge verantwortlich. Von dem ersteren sei nur zum Schein Protest erhoben worden und man habe den Eindruck, daß ihm die Entfernung des populären Feldmarschalls angenehm sei. — Karolyi war bekanntlich von jeher ein Franzosenfreund und Deutschenfeind.

**Ein englisches Luftschiffbauprogramm.**

London, 13. Jan. Den „Daily News“ wird mitgeteilt, daß die Admiraltät ein großes Luftschiffbauprogramm vorhat. Es werden 5000 Luftschiffe gebaut mit einer Verdrängung von 2 Millionen 500 000 Kubikfuß. Tragfähigkeit 60 Tonnen, Aktionsradius 8000 Meilen, Schnelligkeit 65 bis 70 Meilen die Stunde, Besatzung 25 Mann. Der Bau noch größerer Luftschiffe ist geplant und Passagierflüge in naher Zukunft prophezeit.

**Bolschewistische Unruhen in Argentinien.**

Buenos Aires, 12. Jan. Trotz der Mitteilung des Streikkomites, daß der Streik beendet sei, dauerten

das Schießen und die andern Unregelmäßigkeiten den ganzen Tag und die ganze Nacht an. Die Zahl der Opfer wird auf 1000 geschätzt. Den ganzen Sonnabend herrschte in der Stadt Anarchie. Vor allem im russischen Viertel ist es zu ersten Kämpfen gekommen. General Delle Pyane befahl, alle russischen Agitatoren zu verhaften.

**Aus Stadt und Land.**

Calw, den 15. Januar 1919.

**Schreckliche Folgen der Hungerblockade.**

In der Sitzung der Vereinigten ärztlichen Gesellschaften in Berlin am 18. Dezember 1918 ist bekannt gegeben worden, daß infolge der von der Entente verhängten Blockade bis zum Kriegsende 763 000 Menschen der Zivilbevölkerung in Deutschland den Wirkungen des Hungers erlegen sind; und bis die Umklammerung gelöst sein wird, werden noch allmonatlich Zehntausende zusammenbrechen. Im Vergleich mit den Sterbefällen im letzten Friedensjahr 1913 — selbstverständlich unter Anwendung aller statistischen Kautelen — ergibt sich für 1914 noch keine merkliche Erhöhung der Todesfälle. Auch 1915 und 1916 ist diese Erhöhung mit 9,5% bzw. 14% noch nicht allzu groß. In den beiden folgenden Jahren aber traten die schweren Schädigungen der Blockade grell in die Erscheinung. 1917 betrug die Zunahme der Sterbefälle der Zivilbevölkerung bereits etwa 33% und 1918 sogar 37% (gegenüber 1913). Von den 763 000 Todesopfern der Blockade entfallen auf 1917: 260 000 und auf 1918: 294 000 Todesfälle (unter Ausschluß der Grippe-Todesfälle!) Eine für 1917 vorgenommene Auszählung der Sterbefälle nach Altersklassen hatte das erschreckende Ergebnis, daß im Alter von 1 bis 5 Jahren ein Mehr von rund der Hälfte, im Alter von 5 bis 15 Jahren sogar ein Mehr von 55%, bei den weiblichen Personen von 15 bis 30 Jahren ein Mehr von 45% sich ergab. Allein 1917 sind über 50 000 Kinder im Alter von 1 bis 15 Jahren und 15 000 Mädchen und Frauen im Alter von 15 bis 30 Jahren dahingerafft worden. Bei den mehr als 60jährigen Männern und Frauen führte 1917 die Blockade in rund 127 000 Fällen zum vorzeitigen Tode. Unter den besonders angelegenen Todesursachen sind besonders Tuberkulose und Erkrankung der Atmungsorgane zu erwähnen. Die Todesfälle bei Tuberkulose sind von 1913 auf 1918 um das Doppelte gestiegen; bei Erkrankung der Atmungsorgane ergibt sich in diesem Zeitraum eine Zunahme von 46%.



Dabei sind die Todesfälle an Grippe nicht gezählt: Im Sommer und Herbst 1917 ist die Zahl dieser Opfer auf 180 000 geschätzt worden.

**Fabrikant Baumann f.**

\* Am Sonntag ist der langjährige Besitzer und Leiter der hiesigen Kragensfabrik, Fabrikant Baumann im Alter von 80 Jahren gestorben. Er war als technischer Leiter im Jahre 1870 bei der Firma Dörtenbach & Schaubert eingetreten, und hat dann später das Geschäft selbst übernommen, das im Laufe der Jahre sich zu hoher Blüte entwickelte. Vor etwa 15 Jahren war Herr Baumann in den Ruhestand getreten und hatte die Leitung seinem Sohne übergeben. Der Verstorbene, persönlich ein lebenswürdiger Charakter, und in der Gesellschaft beliebt und gerne gesehen, hat durch seine großzügige Arbeit wesentlich zur wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt beigetragen. Sein wohlthätiger Sinn, den er in Spenden öffentlicher und privater Natur betätigte, hat ihm ebenfalls die Sympathien der Bürgerschaft zugeführt. Sein Name wird deshalb in Calw in dauerndem Andenken bleiben. Die Leiche des Verstorbenen wurde gestern nach Stuttgart zur Einäscherung übergeführt. — Der Verstorbene war schweizerischer Staatsangehöriger.

**Einberufung der verfassunggebenden württemb. Landesversammlung.**

Die prov. Regierung verfügt: Die verfassunggebende württ. Landesversammlung wird berufen, zur Eröffnung ihrer Sitzungen am Donnerstag den 23. Januar 1919 in Stuttgart zusammenzutreten. Die Abgeordneten werden ersucht, sich an diesem Tage, nachmittags 4 Uhr im Landtagsgebäude einzufinden und sich bei der Kanzlei der Landesversammlung durch Vorlegung ihrer Wahlurkunde für den vorläufigen Eintritt in die Versammlung auszuweisen.

**Frauenvortrag.**

\* Man schreibt uns: Fr. Plank, die morgen abend im „Badischen Hof“ über das Thema „die Frau im Volksstaat“ sprechen wird, ist als Schriftstellerin und Vorkämpferin für die Rechte der Frau in weiten Kreisen bekannt. Sie ist die würdige Erbin der tiefen Einsichten ihres Vaters, des großen Philosophen.

**Wahlvorkommnisse.**

Die Wahlen zum Landtag am letzten Sonntag räumten bekanntlich auch den Frauen das Wahlrecht ein. Wenn es schien, als ob nur die Arbeiterfrauen und die Frauen und Mädchen aus Industriebetrieben sich an der Wahl beteiligen würden und die Frauen auf dem Lande nicht, so sah man sich dank der überall stattgefundenen Aufklärung angenehm enttäuscht, als am Wahltag die wahlberechtigten Frauen und Mädchen beinahe vollständig an der Wahlurne sich einfanden. Das weibliche Geschlecht hat bald entdeckt, daß es bei diesem Wahlkampf eine hervorragende Rolle

spielte und daß die Interessen des allgemeinen Wohls auf dem Spiele ständen. Ganze Familien beteiligten sich deshalb am Wahltag; es kamen die Männer mit Frauen, Söhnen und Töchtern, der Bräutigam mit der Braut und auch die alleinstehende Frau blieb nicht zurück, auch sie machte von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Trotzdem das Wahlrecht den Frauen unerwarteterweise und beinahe allzu rasch zulam, fanden sich die Frauen bei der Ausübung ihres Wahlrechts vollkommen zurecht und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß den Frauen die Wahlfrage bald sehr vertraut wird. Ohne einige interessante Vorkommnisse ging es natürlich nicht ab. Eine ganze Anzahl von Wählerinnen gab sich alle Mühe, die Wahlumschläge nach Einwurf des Wahlzettels zuzuleben. Da aber die Umschläge nicht gummiert waren, so war dies trotz aller Mühe und Aufwand nicht möglich. In nassem Zustande wurden die Umschläge dem Wahlvorsteher übergeben, manchmal mit dem Bemerkten, der Umschlag könne leider nicht geschlossen werden. Eine Wählerin legte den amtlichen Umschlag mit dem Wahlzettel in die Schublade des Tisches im Vorzimmer und präsentierte dem Wahlvorsteher die Wahlkarte zum Einwurf in die Urne. Wieder andere legten die Wählerkarte samt dem Wahlzettel in den Umschlag und glaubten mit ihrer Wiktoria das Richtige getan zu haben, ohne zu ahnen, daß alle Wahlzettel, denen die Wählerkarte beigelegt war, ungültig seien. Manche hatten zu Hause den Wahlzettel, den sie im Wahlraum in den Umschlag einwerfen wollten, mit einem Zeichen versehen, damit sie ja den richtigen Wahlzettel abgaben. Auch in diesem Fall war der Wahlzettel ungültig, da er kein Kennzeichen haben darf. Im allgemeinen kamen sehr wenige Streichungen oder Hinzufügungen vor; fast alle Wahlzettel wurden vollständig unangeändert abgegeben. Ungern traten die Frauen in den Absonderungsraum, um den Wahlzettel in den Umschlag zu stecken. Ohne Scheu wollten sie dies auf dem freien Platz des Wahllokals tun. Die Wahlbeteiligung war außerordentlich stark; es verdient noch hervorgehoben zu werden, daß sich auch alte Leute trotz des regnerischen Wetters von dem Wahlgang nicht abhalten ließen. So können wir mit Genugtuung verzeichnen, daß der älteste Mann und die älteste Frau in unserer Stadt von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. Die älteste Wählerin ist im Jahre 1825 geboren, wird also heuer 94 Jahre alt, der älteste Wähler ist zwei Jahre jünger. Die beiden genannten Wähler sind Fr. Stahl und Oberlehrer Dengler. Es zeugt von großer Pflichttreue, aber auch von großem Interesse für die politische Lage unseres Landes, wenn Wähler in diesem hohen Alter noch ihre vaterländische Pflicht ausüben. Als eine weitgehende Anordnung kann noch besonders angeführt werden, daß den Soldaten des Reservelazarets, die unfähig zum Ausgehen waren, Gelegenheit zur Ausübung des Wahlrechts im Lazarett selbst Gelegenheit gegeben werden mußte. Den übrigen Kranken wurde diese Vergünstigung aber nicht eingeräumt.

.. Hiesig, 11. Jan. Am letzten Donnerstag nachmittags fand im Gasthaus zum „Hirsch und Lamm“ eine Frauerversammlung statt, in welcher Frau Hopf aus Stuttgart über das Frauenwahlrecht einen Vortrag hielt. Frau Fortmeister Lechler (Hiesig), die die Veranstaltung veranlaßt hatte, führte den Vortrag, begrüßte die zahlreichen Teilnehmerinnen und hieß die Rednerin herzlich willkommen. Frau Hopf bemerkte, daß selbst in denjenigen Parteien, welche schon früher für das Wahlrecht der Frauen eingetreten waren, man nicht geglaubt habe, daß die Frauen so schnell über Nacht in den Besitz des Wahlrechts und schon vom zurückgelegten 20. Lebensjahre ab gelangen würden. Umso mehr sei es unbedingt erforderlich, daß die Frauen mehr als je mit der Politik befaßt seien, da sie den Krieg die männliche Bevölkerung sehr reduziert worden sei. Da die Frauen nun das Wahlrecht haben, sei es auch ihre Pflicht, von demselben ausgiebigen Gebrauch zu machen. Die Frau müsse sich mehr als je mit der Politik befassen und neben ihrer häuslichen Arbeit auch Sinn und Verständnis für politische Fragen sich aneignen. Die Rednerin gab einen klaren Ueberblick über die wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Frauen, wies dabei auf das Programm der Deutschen demokratischen Partei hin, welches am meisten den Frauenforderungen gerecht sei und das größte Entgegenkommen zeige, weshalb auch diese Partei den anwesenden Frauen bestens empfohlen werden könne. Mit dem Appell an die Frauen, an dem Aufbau unseres Vaterlandes kräftig mitzuarbeiten und dadurch für die Kinder zu sorgen, schloß Frau Hopf den belehrenden Vortrag. — Frau Fortmeister Lechler dankte der Rednerin für ihre klaren Ausführungen, forderte die Anwesenden auf, sich insgesamt an der Wahl zu beteiligen und der Deutschen demokratischen Partei die Stimme zu geben. An Stelle des leider verhinderten Landtagsabg. Herrn Staudenmaier (Calw) sprach auch Herr Louis Wagner (Ernstmühl) der Rednerin Dank aus für den interessanten Vortrag, warf einen Rückblick auf die großen Ereignisse des Krieges und die Wirkungen, welche zum Zusammenbruch unseres Heeres im Feld und in der Heimat geführt haben. Jetzt gelte es, wieder neu aufzubauen und vor allem für einen baldigen Frieden zu sorgen. Der langandauernde Krieg, wie er auch ausgehen mochte, habe eine Erweiterung aller Volksrechte, eine Demokratisierung unseres ganzen Staatswesens mit sich bringen müssen und durch den verlorenen Krieg ist diese Entwicklung noch beschleunigt worden. Nur eine starke Partei auf demokratischer Grundlage könne erfolgreich für einen baldigen Frieden arbeiten, weshalb der Redner die Anwesenden aufforderte, ihre Stimmen für die Deutsche demokratische Partei abzugeben.

Druck und Verlag der A. Oeschläger'schen Buchdruckerei, Calw. Für die Schriftl. verantwortl. Otto Seltsmann, Calw.

Das „Calwer Tagblatt“ kann jederzeit bestellt werden.

**Stadtschultheißenamt Calw.**  
Die auf nachstehende Lebensmittelmarken bestellten Lebensmittel können gekauft werden:  
**Nr. 97 Teigwaren, auf 1 Anteil entfallen 150 Gramm,**  
**Nr. 99 lose Suppen, 1 „ „ 150 Gramm.**  
Calw, den 15. Januar 1919.  
Stadtschultheißenamt. Göhner.

**Fahrnis-Versteigerung.**  
Wegen Wegzug verkaufe ich am Freitag Nachmittag von 1 1/2 Uhr im Zwinger, Haus Nr. 208, beim Oberamtsgefängnis, gegen Barzahlung:  
etwas Küchengeräth, 1 Küchen- und 1 Glasküfle, Schlitten, 2 Kinderwagen, 1 Regulateur, 1 Büste, Handsägen, 1 Gaslampe, 1 3-teilige Koffhaarmatratze, 1 Wäscheil, 1 Partie Bohnenstücken, Bügelstifen, etwas ältere Kinderkleider, 1 Dezimalwaage mit Gewichten, 1 Partie Säcke und sonstige Sachen.  
Liebhhaber sind eingeladen.  
Stadtinventierer Kolb.

**Hirsau.**  
**Möbel - Verkauf.**  
Unterzeichnet verkauft am Donnerstag, den 16. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Saale des Herrn Löwenwirt Stog, gegen Barzahlung:  
3 Bettladen mit Rösche, teils mit Matratzen, 3 polierte Tische, 3 Nachttische, 7 Waschtische mit Vorhängen, 1 eintürigen Kleiderkasten, 4 Spiegel, 2 Kleiderständer, 1 Nähmaschine bereits neu, sowie sonstiges.  
Liebhhaber sind eingeladen.  
Stadtinventierer Kolb.  
Bemerkte wird noch, daß auch 2 gleiche Bettladen mit Rosten abgegeben werden können.

Am letzten Samstag ging von Calw bis Javelstein farbiger, feibener **Schal verloren.**  
Abzugeben gegen Belohnung bei **J. Maisenbacher, Javelstein**

**Dienstboten gesuche**  
sind in unserem Blatte stets von Erfolg, da der grösste Teil der Auflage auf dem Lande Verbreitung findet. ---

Zuverlässiges, treues **Mädchen**  
als Alleinmädchen in kleinen Haushalt (4 Personen) nach Frankfurt a. M. gesucht. Näheres bei **Frau Schnürle, Bäckerei.**

Gesucht wird ein williges, fleißiges **Mädchen**  
welches schon gebient hat, nicht unt. 18 Jahren. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Für Mädchen von 15 Jahren **Stelle gesucht**  
in kleinen Haushalt.  
**H. Kohnstener, Leinach.**

**Ofenröhren, Ofenrohrbogen**  
empfehl **Emil Retter, Weilderstadt.**

In hiesiger Familie findet ein **Mädchen**  
vom Lande Gelegenheit sich in allen Hausarbeiten, Kochen und Nähen gründlich auszubilden. Familiäre Behandlung. Zu erfragen bei der Geschäftsstelle des Blattes.

Ein braves, einfaches, älteres **Mädchen**  
das schon in besseren Häusern gebient hat, wird in Beamtenfamilie nach Calw sofort gesucht. Näheres bei der Geschäftsstelle des Blattes.

Wo kann Fräulein, 24 Jahre alt, gegen Mithilfe der Hausarbeit und guter Behandlung und Verpflegung das **Kochen erlernen?**  
Gest. Angebote an **Emma Glinzpaß, Ho'gut-Georgenau D.-M. Calw.** Zu näherer Auskunft gerne bereit.

**Bettmässen.**  
Befreiung sofort. Alt. u. Geschl. angeben. Auskunft kostenlos durch **Merkur Versand, G. Zwenz, München 6a, Neureuthersir. 13**

Gesucht auf sofort oder später in Calw oder Hirsau von Beamtenfamilie **4-5 Zimmer-Wohnung.**  
Gest. Angebote an die Geschäftsstelle des Blattes.  
**50 Ztr. Heu**  
auch in kleineren Partien sucht zu kaufen  
**R. Müller, Bierniederlage d. „Linde.“**

**POSTKARTEN PAKETKARTEN ADRESSEN LIEFERSCHEINE**  
ERHALTEN SIE RASCH UND BILLIG VON DER  
**A. OELSCHLÄGER'SCHEN BUCHDRUCKEREI, CALW**  
LEDERSTR. 151 — FERNSPR. Nr. 9



## Allgemeine Frauen-Versammlung

Morgen Donnerstag Abend 7/8 Uhr  
wird im „Badischen Hof“ die zur Landesversammlung  
gewählte Abgeordnete Schriftstellerin  
Frl. Mathilde Plana - Stuttgart über:

### „Die Frau im Volksstaat“

sprechen. Zahlreicher Besuch in Stadt und Land ist erwünscht.

Die Frauengruppe  
der deutschen demokratischen Partei.

## Nationalliberale!!

### Irreführend wird behauptet:

Die Nationalliberalen seien geschlossen zur  
Demokratischen Partei übergegangen.

### Das ist falsch

Von 119 nationalliberalen Abgeordneten im  
Reichstag und preussischen Landtag haben sich

nur 23

der Demokratischen Partei angeschlossen.

Von 45 nationalliberalen Abgeordneten des  
Reichstages stehen

nur 5

auf den Vorschlagslisten der deutsch-demokratischen  
Partei im Reiche.

Die selbständig gebliebenen Nationalliberalen der

### Stresemanngruppe

und die deutsch-nationale Volkspartei haben  
sich in einer Listenverbindung zusammengeschlossen.  
Den Bewerbern der Württembergischen Bürger-  
partei und des Weingärtner- und Bauernbundes  
ist der Anschluß an diese beiden Richtungen frei-  
geellt. Nach den Ergebnissen der Landesproporz-  
wahl ist die Wahl unseres Parteifreundes

**W. Weitbrecht, Gemeinderat in Stuttgart**

der an dritter Stelle der Bürgerpartei steht, sicher-  
gestellt, wenn ebenfalls abgestimmt wird wie das  
letztemal.

**Laßt Euch nicht irre führen**

durch die Behauptung der Demokratie, eine  
Stimmabgabe für die Bürgerpartei habe keinen  
Zweck. Das Gegenteil ist richtig.

**Viele frühere Nationalliberale.**

Gehingen.

## Ziegelwaren

werden dieses Jahr sehr knapp, rote daher meiner werten Kundschaft  
bei Bedarf jetzt schon zu bestellen.  
Samuel Better, Baumaterialienhandlung.

## Sozialdem. Verein

Calw.

Morgen Donnerstag abend 7 Uhr

### Mitglieder-Versammlung

bei Bäcker Kirchherr, Vorstadt.

Hierzu sind die Mitglieder und  
solche die es werden wollen freund-  
lichst eingeladen.

Der Vorstand.

## Geschäftshaus

mit Laden und Werkstätte  
zu kaufen gesucht.

Angebote unter G. 10 an die  
Geschäftsstelle des Blattes.

## Landhaus

in ruhiger Lage  
nahe des Waldes zu kaufen gesucht  
Angebote mit Preisangabe an  
die Geschäftsstelle des Blattes.

Schöne, sommerlich gelegene

## 2- oder 3-Zimmer- Wohnung

bis 1. März zu mieten gesucht.  
Angebote unter P. H. an die Ge-  
schäftsstelle des Blattes erbeten.

Freundliches, möbliertes

## Zimmer

sofort gesucht. Angebote unter R. 80  
an die Geschäftsstelle des Blattes.

Solange Vorrat ist günstige Ge-  
legenheit gegeben neue u. gebrauchte

## Nähmaschinen,

welche noch aus erhalt. Material  
hergestellt sind, für Haus, Erwerb  
und Handwerker einzukaufen. Alle  
Maschinen werden in Tausch ge-  
nommen. Langj. Garantie. Aus-  
kauf kostenlos.

Stephan Gerber, Reutlingen.  
Vertreter überall gesucht.

## Polstermöbel

in gebogener Ausführung mit guten  
Stoffen.

Matrizen, Vorhänge,  
reelle Preise, reichhaltiges Lager.  
Eugen Maas, Stuttgart,  
Silberburgstr. 96, Fernspr. 8163

## Wand-Kalender

mit Markt-Verzeichnis  
das Stück zu 20 Pfg., sind auf  
der Geschäftsstelle des Bl. zu haben.

Siebelsberg.

Zwei wöchentliche 16 Monate alte  
Zucht-

## Kinder

(Selbstsch.) sowie einen z. schweren  
Zug tauglichen 12 jährigen

## Braun- Wallachen

verkauft  
Joh. Keppler.

## Württembergische Bürgerpartei.

Öffentliche

## Wählerversammlung.

Am Mittwoch, den 15. Januar, abends 7 1/2 Uhr,  
wird im Saale der Brauerei Dreiß  
Herr Landtagsabgeordneter Hiller aus Stuttgart über

### „Die Zukunft des Mittelstandes“

sprechen. Alle männlichen und weiblichen Wahlberechtigten, insbesondere  
die dem gewerblichen Mittelstand angehörigen sind freundlich eingeladen.

Hiermit meiner werten Kundschaft zu Stadt und Land  
die ergebene Anzeige, daß

ältere Damenhüte z. Umarbeiten  
nach den neuesten  
Formen angenommen werden.

N. Schaible, Badgass', Calw

Vom Felde zurück

Theodor Siebler,  
Glasmerei u. Installationsgeschäft  
Bad Liebenzell.

## J. Obermatt, Friseurgeschäft

empfiehlt

## sämtliche Toilettenartikel

wie:

Seife, Mundwasser, Zahncrème, Zahnbürsten,  
Hautcrème, Frisierkämme, Haarbürsten,  
Parfümerien, Seitenkämme, Aufsteckkämme,  
Spangen, Kopf- und Haarwasser, Brillantine  
(fest und flüssig), sämtliche Artikel für Nagel-  
pflege, Haarnadeln, Haarnege in all. Farb. usw.

## Spar- u. Vorschufbank

eingetr. Genossenschaft m. b. H.

Agentur der Württ. Notenbank  
Calw

Eröffnung von laufenden Rechnungen  
und Scheck-Konten.

Sparkasse { Annahme von Einlagen  
gegen Kündigung.

An- und Verkauf von Wertpapieren,  
unter gewissenhafter fachmännischer Beratung.

5% Reichsanleihe stets vorrätig.